



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Bürgerbeteiligung und
Netzpolitik -

Tagesordnung Punkt 9 der öffentlichen Sitzung am 23. Juni 2020

Vorlagen-Nr. 20-F-21-0024

Ausländerbeirat -Antrag der CDU vom 17.06.2020-

Der Ausländerbeirat der Landeshauptstadt Wiesbaden hat am sich 16.12.2019 anlässlich einer zu diesem Zeitpunkt noch im Gesetzgebungsverfahren befindlichen Änderung der Hessischen Gemeindeordnung an die Stadtverordnetenversammlung gewandt mit insbesondere dem Ziel, dass auch weiterhin ein Ausländerbeirat gewählt werden soll.

Zwei Fachausschüsse der Stadtverordnetenversammlung hatten daraufhin gebeten, sich mit den Mitgliedern des Beirats im Rahmen einer Sitzung zu diesem Thema auszutauschen, was am 05.03.2020 auch erfolgt ist.

Der Ausschuss möge beschließen:

1. Der Ausschuss stellt fest, dass bei der Sitzung des Ausländerbeirats vom 05.03.2020 weitgehende Einigkeit zwischen den Mitgliedern des Ausländerbeirat sowie den anwesenden Stadtverordneten bestand, dass die Arbeit des Beirats in den letzten Jahren durchaus verbesserungswürdig war. Über die Gründe und Verbesserungsmöglichkeiten gab es unterschiedliche Ansichten.
2. Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik nimmt zur Kenntnis, dass durch die Änderung der Hessischen Gemeindeordnung vom 06.05.2020 durch den Hessischen Landtag die Möglichkeit bestünde, anstatt dem Ausländerbeirat eine Integrationskommission zur Unterstützung der Arbeit der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen.
3. Da der nächste Ausländerbeirat bereits im März 2021 gewählt werden müsste und es noch keine Erfahrungswerte mit Integrationskommissionen in der gerade durch den Landtag beschlossenen Form gibt, soll der „älteste Ausländerbeirat Deutschlands“ zunächst für eine weitere Amtsperiode Bestand haben.
4. Nach der Sommerpause im Jahr 2024 wird eine Evaluation der Arbeit des Ausländerbeirats vorgenommen, sowie Erfahrungsberichte über die Arbeit von bis dahin gegründeten Integrationskommissionen vorgestellt.
5. Der Ausländerbeirat wird um Vorschläge für Maßnahmen gebeten, die ihm helfen, seine Arbeit zu verbessern.
6. Der Magistrat wird gebeten, diese Vorschläge dann bezüglich ihrer rechtlichen und praktischen Umsetzbarkeit zu bewerten und dann an den zuständigen Ausschuss der Stadtverordnetenversammlung zu übermitteln.

Beschluss Nr. 0027

- I. Der Antrag gilt als eingebracht.
- II. Der Antrag soll in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik erneut beraten werden.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .06.2020

Sobek
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .06.2020

Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .06.2020

Dezernat VI
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Mende
Oberbürgermeister